

Dienstag 6. Oktober 2015

Nummer 686

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

"Kein EU-Mitgliedsland, egal wie klein oder groß, kann alleine mit den aktuellen Problemen und Herausforderungen fertig werden"

Autor : Nikolaus Meyer-Landrut



Nach Ansicht von Nikolaus Meyer-Landrut, dem deutschen Botschafter in Frankreich, ist kein EU-Mitgliedsland - egal wie klein oder groß, Deutschland genauso wenig wie Frankreich - alleine dazu in der Lage mit den aktuellen Problemen und Herausforderungen fertig zu werden. Es reiche schon aus, einige wenige drängende aufzuzählen: Das Klima und vor allem die Pariser Konferenz (COP 21) Ende diesen Jahres, Fragen der Sicherheit, ganz besonders im Nahen Osten, oder etwa der Umgang mit den Flüchtlingen, von denen viele aus Nahost kommen. All diese außenpolitischen Fragen sind wichtig für uns alle. In einer immer internationaler werdenden Wirtschaft können die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer zudem nur gemeinsam im globalen Wettbewerb bestehen. All diese internen und externen Entwicklungen bedeuten deshalb, dass für Deutschland die Lösung dieser Probleme auf der europäischen Ebene

liegt.
Fortsetzung

Übersicht

Wahlen : Portugal **Migration** : Kommission - Frontex - UNHCR - Europarat
Finanzkrise : Griechenland - Frankreich - Vertrauen **Kommission** : Kapitalmarkt - Steuerpolitik - Biodiversität - Cyber-Sicherheit - Juncker/Paris **Rat der Europäischen Union** : Eurogruppe - Wettbewerb - Beschäftigung - Sophia **Diplomatie** : Naher Osten
Deutschland : Indien - 25 Jahre/Einheit - Wiedervereinigung
Kroatien : Großbritannien **Frankreich** : Haushalt - Weltraum **Griechenland** : Parlament
Polen : Haushalt **Großbritannien** : Arbeitsmarkt **Türkei** : G20/Energie - Tusk/Erdoğan
Ukraine : Vertrag/Minsk - Wirtschaft **Europarat** : Menschenrechte - Havel-Preis
Europäischer Menschengerichtshof : Sozialhilfe **Eurostat** : Deflation? - Arbeitslosigkeit - Alterung **Berichte / Studien** : Renten **Kultur** : Ausstellung/London - Ausstellung/Paris - Festival/Budapest - Ausstellung/Prag - Ausstellung/Hamburg

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Wahlen :

Amtierender portugiesischer Premierminister gewinnt Parlamentswahlen in Portugal

 Das Mitte-rechts-Bündnis Portugal à Frente (Portugal voran) von Premierminister Pedro Passos Coelho, bestehend aus Sozialdemokraten (PDS) und der Volkspartei (PP), hat die portugiesischen Parlamentswahlen vom 4. Oktober gewonnen. Zusammen kamen die beiden Parteien auf 36,83% der Stimmen und erhielten 99 Sitze (-9) im Parlament. Die Sozialisten erhielten demgegenüber 32,38% der Wählerstimmen und 85 Sitze (+11). Den Linksblock (BE) wählten 10,22% der Portugiesen, was 19 Sitzen (+11) im Parlament entspricht. Er lag damit vor der grün-kommunistischen CDU. Letztere ergatterte 8,27% der Stimmen und 17 Parlamentssitze. Die Wahlbeteiligung in Portugal lag bei mageren 55,23%. Im

Moment deutet vieles auf die Bildung einer rechten Minderheitsregierung hin, weil das Mitte-rechts-Bündnis die absolute Mehrheit im Parlament klar verfehlt hat...

[Fortsetzung](#)

Migration :

1,7 Milliarden € zur Bewältigung der Flüchtlingskrise



Die Europäische Kommission hat am 30. September erste konkrete Vorschläge für die Bereitstellung von EU-Mitteln in Höhe von 1,7 Mrd. EUR für die Jahre 2015 und 2016 vorgelegt, um die Flüchtlingskrise anzugehen. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten hatten vergangene Woche zugesagt, einen Finanzbeitrag in gleicher Höhe zu leisten. Die Mittel dienen der Finanzierung der Soforthilfe für die am stärksten betroffenen EU-Mitgliedstaaten, der Aufstockung des Personals der unmittelbar betroffenen EU-Agenturen sowie der Unterstützung und humanitären Hilfe in Drittländern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frontex fordert 775 zusätzliche Grenzschutzbeamte



Die europäische Agentur zur Überwachung der EU-Außengrenzen Frontex hat am 6. Oktober die 28 EU-Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, 775 zusätzliche Grenzschutzbeamte zur Verfügung zu stellen, um "den Migrationsdruck bewältigen" zu können. "Neue Grenzschutzbeamte sollen in erster Linie ihren Kollegen in Griechenland und Sizilien dabei helfen Neuankömmlinge zu registrieren, ein anderer Teil soll an den Landesgrenzen der EU stationiert werden..." [Fortsetzung](#)

An die 535000 Flüchtlinge haben 2015 das Mittelmeer überquert



Nach Angaben des Hohen Kommissariats der UNO für Flüchtlinge (UNHCR) vom 5. Oktober sind annähernd 535000 Migranten und Flüchtlinge 2015 über das Mittelmeer nach Europa gekommen. Ungefähr 3000 Personen gelten als vermisst. Von den mehr als einer Million Neuankömmlingen gelangten mehr als 400000 Menschen über Griechenland und 131 000 weitere über Italien nach Europa. 55% unter ihnen sind Syrer und 14% Afghanen. Der Anteil der Männer betrug UNHCR zufolge 69%, 13% waren Frauen und 18% Kinder... [Fortsetzung](#)

Eine humanitäre und politische Antwort auf die Flüchtlingskrise



Der Europarat hat am 29. September eine Dringlichkeitsdebatte über "eine humanitäre und politische Antwort auf die Migrations- und Flüchtlingskrise in Europa" abgehalten, die von Pedro Agramunt (Spanien, EVP/PP) eröffnet wurde. In seiner Eröffnungsrede erklärte Agramunt, dass die Krise nicht ein rein europäisches Problem sei, sondern einer globalen Antwort bedürfte. Laura Boldrini, die Präsidentin des italienischen Abgeordnetenhauses beteiligte sich ebenso an der Debatte. Sie brachte zum Ausdruck, dass kein Staat die Flüchtlingskrise alleine lösen könne. Der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland lenkte die Aufmerksamkeit dagegen auf die Situation von 1956, als 200.000 Migranten in Österreich ankamen und es trotzdem gelang mit der großen Zahl an Migranten fertig zu werden. "Zu dieser Zeit war Europa viel ärmer und schlechter organisiert als heute. Aber wir haben es trotzdem geschafft. Warum sollten wir also auch nicht heutzutage das Problem lösen können", sagte Jagland... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Präsentation der neuen Haushaltsmaßnahmen vor dem griechischen Parlament



Am 5. Oktober hat die griechische Regierung ihre Vorschläge für den Haushalt 2016 vorgelegt. Sie sehen neue Einschnitte bei den Renten, eine Einkommenssteuerreform und eine Steuererhöhung für Landwirte vor. Im Gegenzug für den mit den internationalen Gläubigern im Juli vereinbarten Hilfen von über 86 Milliarden € verpflichtet sich die Regierung Tsipras außerdem 48 Strukturreformen bis Mitte Oktober umzusetzen. Das Haushaltsbudget wird nun für drei Tage verhandelt und soll am 7. Oktober im Parlament zur Abstimmung gestellt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

INSEE senkt seine Wachstumsprognose für Frankreich für 2015

In einem am 1. Oktober veröffentlichtem Konjunkturbericht hat das französische Statistikinstitut (INSEE) seine ursprüngliche



stagnierten.. [Fortsetzung](#)

Wachstumsprognose von 1,2% in diesem Jahr auf 1,1% heruntergeschraubt. Die Korrektur kommt nicht überrascht. Das INSEE hatte noch im zweiten Quartal an seinen Zahlen festgehalten, obwohl die Wirtschaftsaktivitäten in Frankreich zwischen April und Juni quasi

Eurozone: Klarer Anstieg des wirtschaftlichen Vertrauens im September



Das wirtschaftliche Vertrauen in der Eurozone hat sich im September deutlich verbessert. In einigen Bereichen erreichte es sogar das höchste Niveau seit vier Jahren, wie die Europäische Kommission am 29. September bekannt gab. So lag der Vertrauensindex insgesamt bei 105,6 Punkten und damit 1,5 Punkte höher als noch im Vormonat. In Italien ist das Vertrauen am stärksten gewachsen (+3,5 Punkte verglichen mit dem Vormonat), gefolgt von Deutschland (+1,9 Punkte), den Niederlanden (+1,2 Punkten) und einem mittelmäßigen Anstieg in Frankreich (+0,9 Punkte). In Spanien sank das Vertrauen dagegen um 0,9 Punkte... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Aktionsplan für eine Kapitalmarktunion



Die Europäische Kommission hat am 30. September ihren Aktionsplan zur Schaffung einer Kapitalmarktunion veröffentlicht. Ziel ist es einen einheitlichen Kapitalmarkt zwischen den 28 EU-Mitgliedsländern zu etablieren, um auf diesem Weg die Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen und Investitionen anzukurbeln. 4 Prinzipien stehen dabei für die Kommission im Vordergrund: Es soll mehr Möglichkeiten für Investoren geben, die Realwirtschaft soll von frischem Kapital profitieren, die nationalen Finanzsysteme sollen enger aneinander angeglichen werden und es soll für mehr Konkurrenz gesorgt werden. Eine erste Maßnahmenserie wurde bereits von der Kommission angekündigt. Der Plan nennt in diesem Zusammenhang einige Maßnahmen, die Priorität genießen, wie etwa die Ankurbelung des Marktes für hochqualitative Verbriefungen. Die Robert Schuman Stiftung hat am 28. September eine Studie zu Thema Kapitalmarkt veröffentlicht... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Die Kommission veröffentlicht ihren Bericht zu den Steuerreformen in den Mitgliedsländern



Die Kommission hat am 28. September ihren Bericht über die in den Mitgliedsländern unternommenen Steuerreformen veröffentlicht. Demnach hätten die Mitgliedsländer einige Fortschritte bei der Verbesserung ihrer Steuersysteme erzielt. Nach Ansicht der Kommission müssen sie ihre Anstrengungen aber fortsetzen... [Fortsetzung](#)

Halbzeitbewertung der Biodiversitätsstrategie der EU



Die Europäische Kommission hat am 2. Oktober ihre Halbzeitbewertung der EU Biodiversitätsstrategie veröffentlicht. Die Bewertungsergebnisse zeigten, "dass in vielen Bereichen Fortschritte erzielt wurden, sie verdeutlichen aber auch, dass die Mitgliedstaaten sehr viel mehr tun müssen, um ihre Zusagen zu erfüllen." Eine EU-weite Meinungsumfrage, deren Ergebnisse am selben Tag veröffentlicht wurden, bestätigt, dass die meisten Europäer "die Auswirkungen des Biodiversitätsverlustes mit Sorge betrachten" und erkennen, welche "negativen Folgen dies für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen und letztendlich auch für unsere langfristige wirtschaftliche Entwicklung haben kann"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Monat für Cyber-Sicherheit



Die europäische Kommission hat am 29. September den europäischen Monat für Cyber-Sicherheit eingeläutet. Die Kampagne findet in 25 Ländern der EU (Bulgarien, die Slowakei und Malta nehmen nicht teil) sowie in Island und Norwegen statt. Ziel ist es das Bewusstsein für Cyber-Sicherheit mithilfe von hunderten Veranstaltungen und Events zu schärfen. Zu diesem Anlass erklärte Andrus Ansip, der Vize-Präsident für den einheitlichen Digitalmarkt: "Sicherheit und Vertrauen sind der Schlüssel für einen gemeinsamen Digitalmarkt". Derweil versuchen sich die europäischen Institutionen vor Cyber-Angriffen zu schützen. Deshalb wurde auch eine Mannschaft zur Abwehr von Cyber-Angriffen gegründet... [Fortsetzung](#)

Jean-Claude Juncker zu Besuch in Paris



Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, ist am 29. September zu einem Besuch nach Paris gekommen. Er nahm dort zusammen mit der Kommissarin Marianne Thyssen und dem französischen Präsidenten François Hollande am 13. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes teil. Bei diesem Anlass betonte Juncker erneut, wie wichtig es sei, dass sich die europäischen Institutionen, die nationalen Regierungen und die Sozialpartner gemeinsam für Wachstum und Beschäftigung in Europa einsetzen. Soziale Fragen seien bei der Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft aber nicht minder wichtig, so Juncker... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Eurogruppen-Treffens



Die Minister der Eurogruppe haben sich am 5. Oktober in Luxemburg getroffen. Im Rahmen dieser Zusammenkunft befürwortete man die erste Maßnahmenreihe, welche die Griechen umsetzen müssen, damit 2 Milliarden € an Hilfskredite ausgezahlt werden können. Die Minister ermutigten Griechenland außerdem dazu, das zweite mit den Gläubigern vereinbarte Maßnahmenpaket umzusetzen. Gleichzeitig beriet die Eurogruppe darüber, wie man für den dringend notwendigen Wettbewerb im Dienstleistungssektor sorgen könnte. Die EU-Mitgliedsländer sollten außerdem das wieder gesunkene Zinsniveau zur Konsolidierung ihrer öffentlichen Finanzen nutzen, Investitionen tätigen und strukturelle Reformen angehen, so das Fazit der Eurogruppe... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates für "Wettbewerb"



Die mit "Wettbewerbspolitik" befassten Minister der EU-Mitgliedsländer haben am 1. Oktober 2015 einem Vertragsprotokoll der WTO für Handelserleichterungen zugestimmt. Der Vertrag zielt darauf ab die Verfahren für den Güterverkehr zu modernisieren und zu vereinfachen; kleinen Unternehmen dabei zu helfen, Exportmöglichkeiten voll auszuschöpfen; und Entwicklungsländern eine bessere Teilnahme am internationalen Handel zu gewähren. Die Minister kündigten außerdem das Ende der Roamingentgelte beim Telefonieren für 2017 an und erklärten, dass der Freihandelsvertrag mit Südkorea, der 2011 in Kraft getreten war, nun endgültig abgeschlossen sei... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz"



Der Rat für "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" ist am 5. Oktober in Luxemburg zusammengekommen. Die Minister diskutierten dort, wie man die soziale Dimension in Europa stärken könnte. Beraten wurde auch über die Empfehlungen der Kommission zur Wiederintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Außerdem befürwortete der Rat die Schlussfolgerungen der Kommission im "Bericht für das Jahr 2015 über die Angemessenheit der Renten". Zustimmung erhielt auch die neue Agenda für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und die Neuverhandlung über angemessene Regelungen zur Sicherheit und Qualitätskontrolle von medizinischer Ausrüstung und Diagnosegeräten... [Fortsetzung](#)

EU-Mission gegen Schleuserbanden im Mittelmeer erhält neuen Namen "Sophia"



Die Europäische Union hat sich am 28. September dazu entschlossen, ihre Seemission zum Kampf gegen Schleuserbanden im Mittelmeer (EU Navfor Med) in "Sophia" umzubenennen, nach dem Mädchen, das vor der libyschen Küste auf dem Militärschiff der Operation, mit dem seine Mutter gerettet wurde, zur Welt gekommen war. Die Operation, welche bis dato nur zur Überwachung von Schleusernetzwerken gedacht war, die von der libyschen Küste aus operieren, tritt am 7. Oktober in eine offensivere Phase. Das gab der Rat bekannt. Von diesem Zeitpunkt an "werden wir zusätzlich zur Informationsbeschaffung Schiffe, bei denen der Verdacht besteht, dass sie für Menschen schmuggel oder Menschenhandel benutzt werden, auf hoher See anhalten, durchsuchen und gegebenenfalls beschlagnahmen", so Europas Chefdiplomatin Federica Mogherini bei einem Besuch des Generalquartiers in Rom... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Erklärung des Nahost-Quartetts



Der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, der russische Außenminister Sergei Lawrow, sein amerikanischer Amtskollege John Kerry sowie die Hohe Vertreterin der EU Federica Mogherini haben sich am 30. September in New York getroffen. Anlässlich dieses Treffens bekräftigte das sogenannte Nahost-Quartett "sich weiter für eine Zweistaaten-Lösung einzusetzen, die den Sicherheitsinteressen Israels und dem palästinensischen Wunsch nach Unabhängigkeit Rechnung trägt. Der seit 1967 andauernden Besatzung soll ein Ende bereitet werden. Der Konflikt soll durch die Klärung aller Fragen, die einen dauerhaften Status betreffen, beendet werden." Das Nahost-Quartett verurteilt ebenso jedes gewaltsame Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung und ermutigte beide Parteien dazu gegenseitiges Vertrauen wieder herzustellen. Man müsse eine Eskalationsspirale der Gewalt vermeiden, hieß es... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Besuch der deutschen Kanzlerin Angela Merkel in Indien



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat am 5. Oktober einen 48-stündigen Besuch in Indien begonnen. Ziel ist es deutschen Unternehmen in Indien zu helfen und einen Vertrag mit dem indischen Premierminister Narendra Modi zu erreichen, mit dem mehr ausländische Investoren angelockt werden sollen. Merkel möchte mit ihrem Besuch vor allem die Beziehung zwischen beiden Ländern im Bereich Verteidigung, erneuerbare Energien und Hochtechnologien forcieren. Deutschland ist Indiens größter europäischer Handelspartner. Beide Partner wünschen sich diese Zusammenarbeit in Zukunft weiter zu vertiefen... [Fortsetzung](#)

Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Deutschen Wiedervereinigung



Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hat an den offiziellen Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung teilgenommen, die in Frankfurt am Main stattfanden. Am Vormittag besuchte Juncker zusammen mit Kanzlerin Merkel und Bundespräsident Gauck die alte Oper in Frankfurt. Im Rahmen der Feierlichkeiten wurden auch Fragen zur Einheit, der weiteren Zukunft des Landes sowie zur aktuellen Flüchtlingskrise beantwortet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung



Das statistische Bundesamt "Destatis" hat am 29. September eine Studie über die Veränderungen in Deutschland seit der Wiedervereinigung veröffentlicht, deren 25. Jahrestag am 3. Oktober gefeiert wurde. Die Studie analysiert die Entwicklung der Bevölkerungszahl, auf dem Arbeitsmarkt, der Wirtschaft und im Bereich des Wohnungswesens. Demnach lebten in den 'neuen Ländern' 1991 noch 14,5 Millionen Menschen - was einem Anteil von 18% an der deutschen Gesamtbevölkerung entsprach. Mittlerweile sind es nur noch 12,5 Millionen Personen, beziehungsweise 15% der Gesamtbevölkerung. Nach einer zwischenzeitlichen Periode, die durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war, verhalfen radikale Arbeitsmarktreformen Deutschland zu einer aktuell sehr niedrigen Arbeitslosenquote. Des Weiteren stellt das Statistische Bundesamt einen noch nie dagewesenen Aufschwung im Wohnungsbaugewerbe für die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung fest. Maßgeblichen Anteil daran hatte das Gebäudebauprogramm "Aufbau Ost"... [Fortsetzung](#)

Kroatien :

Großbritannien-Besuch des kroatischen Premierministers Miran Milanovic



Der britische Premierminister David Cameron hat am 1. Oktober seinen kroatischen Amtskollegen Miran Milanovic in London getroffen. Cameron bekräftigte die Beziehungen seines Landes zur EU neu verhandeln zu wollen. Ein Erfolg dieser Verhandlungen sei wichtig, um dem Brexit zu entkommen, erklärte Cameron. Miran Milanovic zeigte Verständnis für die britische Position bei diesem Thema, entgegnete aber, er wolle, dass Großbritannien in der Europäischen Union bleibe. Bezogen auf die Flüchtlingskrise begrüßte der kroatische Regierungschef, dass Großbritannien seine Anstrengungen jüngst verstärkte. Beide waren sich einig darüber, dass die Ursachenbekämpfung oberste Priorität haben müsse. Schlussendlich, wünschten sich beide Regierungschefs die bilateralen Beziehungen zwischen ihren Ländern bei Handel, Investitionen und Verteidigungskooperationen auszubauen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Präsentation des französischen Haushalts für 2016



Der französische Finanzminister Michel Sapin hat am 30. September den Haushalt für 2016 vorgestellt. Die Planungen gehen von einem öffentlichen Defizit von 3,3% in 2016, gegenüber 3,8% in 2015 aus. Es sind Einsparungen in Höhe von 15 Milliarden € vorgesehen, die zwischen dem Staat (5,1 Milliarden) den regionalen Gebietskörperschaften (3,5 Milliarden) und den Sozialkassen (7,4 Milliarden darunter 3,4 für die Krankenversicherung) aufgeteilt werden. Um diese Ziele zu erreichen, sollen Wohnungszuschüsse leicht sinken, Sozialleistungen eingefroren werden und auf einige öffentliche Wasser- oder Infrastrukturbetriebe kommen ebenfalls finanzielle Belastungen zu. Im Gegenzug kostet die geplante Steuersenkung für private Haushalte den Staat 2,1 Milliarden €. 500 000 Haushalte sind dadurch gänzlich von Steuern befreit... [Fortsetzung](#)

Geglückter Start von zwei Satelliten mithilfe von Ariane 5



Die Rakete Ariane 5 hat am 30. September mit Erfolg von ihrer Basis in Korou, in Französisch-Guayana, zwei Telekommunikationssatelliten lanciert. Sie tragen den Namen "Sky Muster" für den australischen Betreiber NBB und "ARSAT-2" für die argentinische Firma ARSAT. Damit hat die Trägerrakete Ariane 5 zum 68. Mal erfolgreich einen Satelliten lanciert... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Nikos Voutsis zum griechischen Parlamentspräsidenten gewählt



Der ehemalige griechische Innenminister Nikos Voutsis ist am 4. Oktober zum neuen griechischen Parlamentspräsidenten gewählt worden. Er folgt auf Zoe Constantopoulou, die SYRIZA als Protest gegen die Unterzeichnung des dritten Hilfspakets verlassen und den neuen Parteiabteiler "Volkseinheit" (LAE) mitbegründet hatte. Das griechische Parlament ist am 5. Oktober zum ersten Mal zusammengetreten, um über das Haushaltsbudget für 2016 zu beraten, das noch genauer von Alexis Tsipras spezifiziert werden wird... [Fortsetzung](#)

Polen :

Vorstellung des polnischen Haushaltsplans für 2016



Die polnische Regierung hat am 29. September ihren Haushalt für 2016 vorgestellt. Eingeplant sind 296.8 Milliarden Zlotys (70 Milliarden €) und Ausgaben in Höhe von 351.4 Milliarden PLN (das entspricht 82.8 Milliarden €). Das Defizit soll so nicht über der Marke von 54.6 Milliarden PLN (12.8 Milliarden €) liegen... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Großbritannien nimmt zu



Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften hat in Großbritannien im vierten Jahr infolge zugenommen. Das geht aus der jährlichen Studie des Personaldienstleisters Hays und der Unternehmensberatung Oxford Economics hervor, die am 28. September veröffentlicht wurde. Großbritannien sei auf diesem Gebiet einer der schlechtesten Schüler Europas, was sich negativ auf die Produktivität und die britische Wirtschaft im Ganzen auswirkt, wie die Studie für das Jahr 2015 bilanziert. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften drücke natürlich die Arbeitslosenquote nach unten und sei für die Lohnzuwächse verantwortlich, erklärte der Generaldirektor von Hays, Alistair Cox. "Die Wachstumsaussichten für Großbritannien sind so gut wie schon lange nicht mehr. Aber den Unternehmen fällt es immer schwerer die Talente zu finden, die sie dringend benötigen", so Cox. Auf einigen Gebieten, wie etwa im Ingenieurs- oder Technologiebereich lieferten sich die britischen Firmen einen regelrechten "Krieg um Talente", der immer größeren Druck auf die Löhne ausübt, heiß es in der Studie... [Fortsetzung](#)

Türkei :

Ministertreffen der G20 zur Energie

Die Energieminister der G20 Länder haben sich am 2. Oktober in Istanbul im Beisein des türkischen Präsidenten Recep Erdogan



getroffen. Im Rahmen ihrer Zusammenkunft drückten sie ihre Unterstützung für einen globalen Plan zum Ausbau des Stromzugangs aus. In Bezug auf die Subventionierung fossiler Brennstoffe oder bei konkreten Klimazusagen blieb man dagegen zurückhaltender... [Fortsetzung](#)

Treffen zwischen Donald Tusk und Recep Tayyip Erdoğan



Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk hat am 5. Oktober den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Brüssel empfangen. Um die Flüchtlingskrise endlich lösen zu können, diskutierten beide über finanzielle Hilfen, Grenzkontrollen, den Kampf gegen Schleuser, eine geeignete Integrationspolitik, Visabefreiungen und die Errichtung einer möglichen Pufferzone in Syrien. Tusk forderte von der Türkei dafür zu sorgen, dass nicht mehr so viele Flüchtlinge über das Land in die EU einreisen. Man diskutierte aber auch über die dringende Notwendigkeit endlich eine Lösung im syrischen Konflikt zu erreichen und war sich außerdem einig, dass man nicht zulassen könne, dass Russland als Assads Verbündeter legitime Oppositionskräfte bombardiert... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Hollande, Putin, Merkel und Poroschenko treffen sich in Paris, um Fortschritte im Friedensprozess zu erzielen



Der russische Präsident Wladimir Putin und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko haben sich am 2. Oktober im sogenannten "Normandie-Format" zusammen mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten François Hollande im Elysée-Palast getroffen, um über die Krise in der Ukraine und die Umsetzung des Vertrages von Minsk zu sprechen. Die vier Staats- und Regierungschefs waren sich dabei über die nächsten Etappen im Friedensprozess einig. Die Wahlen, die die prorussischen Separatisten im Donbass für den 18. Oktober unilateral in den Gebieten unter ihrer Kontrolle angekündigt hatten, "dürfen nicht stattfinden", bekräftigte Hollande. Nach Ansicht des französischen Präsidenten müsse erst in Rücksprache mit den Rebellen ein Wahlgesetz im ukrainischen Parlament verabschiedet werden, bevor eine "unstrittige Wahl" stattfinden könne. Man einigte sich außerdem über letzte Maßnahmen zum Abzug von Panzern und leichten Waffen aus der Konfliktzone, um den Waffenstillstand in diesem Gebiet zu festigen. Einem letzten Lagebericht vom 1. September zufolge werde dieser mittlerweile von den kriegsführenden Parteien respektiert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Keine wirtschaftliche Erholung in der Ukraine vor Ende des Jahres 2015



Die Weltbank hat am 5. Oktober bekanntgegeben, dass sie zum Ende diesen Jahres mit einer Erholung der ukrainischen Wirtschaft rechnet, die sich aktuell in einer tiefen Rezession befindet. Sie warnte aber, dass eine Verzögerung bei der Umsetzung der Reformen und die Entwicklung im Osten des Landes diese positiven Aussichten jederzeit wieder zunichte machen könnten. Für 2016 prognostiziert die Weltbank ein Wachstum von 1% des BIP. Die weiteren Aussichten der ukrainischen Wirtschaft hängen stark von der Bereitschaft der ukrainischen Behörden ab, makroökonomische und strukturelle Reformen weiter umzusetzen. Der Internationale Währungsfond hat seine Prognosen für die Ukraine am 3. Oktober nach unten korrigiert. Er geht nun von einem Rückgang des BIPs von 11% für 2015 aus. Im nächsten Jahr glaubt der IWF an ein Wachstum von 2%... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europarat :

Bilanz über die Situation der Menschenrechte in Europa



Die Präsidentin der parlamentarischen Versammlung des Europarates, Anne Brasseur, hat am 28. September die Herbstsitzung in Straßburg eröffnet. In ihrer Rede nahm sie eine Bewertung der Fortschritte und Herausforderung bei der Einhaltung der Menschenrechte vor. So seien etwa die parlamentarische Allianz gegen Hass oder die Istanbul Konvention als positiv hervorzuheben. Das gleiche gelte für den Kampf gegen Gewalt gegenüber Frauen. Nach Ansicht von Brasseur gebe aber zum Beispiel die Situation in Aserbaidschan Anlass zur Sorge, wo sich die Lage der Menschenrechte in den letzten Jahren deutlich verschlechtert habe. Bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise trat sie für ein gemeinsames und direktes Vorgehen auf europäischer Ebene ein... [Fortsetzung](#)

Ljudmila Alexejewa erhält Václav-Havel-Menschenrechtspreis 2015



Der Václav-Havel-Menschenrechtspreis 2015 geht an die langjährige russische Menschenrechtsaktivistin Ljudmila Alexejewa. Der Preis wurde am 28. September im Rahmen der Eröffnungssitzung der Herbstsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) feierlich verliehen. Ljudmila Alexejewa war Gründungsmitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe. 1989 kehrte sie nach 12 Jahren im aufgezwungenen Exil in den USA nach Russland zurück. Heute ist sie Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Gruppe und Mitglied im Menschenrechtsrat beim russischen Präsidenten... [Fortsetzung](#)

Europäischer Menschenrechtshof :

EGMR urteilt, dass die Ablehnung von Familienbeihilfe für ausländische Familien nicht automatisch diskriminierend ist



Die sieben Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) haben am 29. September einstimmig erklärt, dass es nicht gegen den Diskriminierungsgrundsatz verstößt wenn nachgezogene Kindern von in Frankreich lebenden Familien keine Sozialunterstützung gewährt wird. Diese in der letzten Instanz getroffene Entscheidung folgte auf eine Beschwerde einer kongolesischen Familie, die sich mit der französischen Familienagentur einen Gerichtsstreit geliefert hatte. Sie wollte erreichen, dass die Agentur alle Kinder bei der Berechnung der Unterstützungszahlung miteinbezieht. Nach Ansicht der kongolesischen Familie, seien französische Familien in dieser Frage besser gestellt. Dieser Unterschied wurde vom EGMR auch anerkannt. "Er ist aber nicht aufgrund der jeweiligen Nationalität gemacht worden. Grund für die Ablehnung ist vielmehr, dass die Kinder der Antragssteller illegal nach Frankreich eingereist sind.".. [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Jährliche Inflationsrate sinkt in der Eurozone auf -0,1%



Die Inflation ist im September in der Eurozone auf -0,1% gesunken - das geht aus Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union Eurostat vom 30. September hervor. Die Preise sanken durchschnittlich um 0,1%. Im wirtschaftlich stärksten EU-Land Deutschland betrug der Rückgang 0,2%, in Spanien brachen die Preise sogar um 1,2% ein. Die Analysten hatten dagegen mit stabil bleibenden Preisen (0%) in der Eurozone gerechnet... [Fortsetzung](#)

Arbeitslosenquote liegt bei 11% in der Eurozone und bei 9,5% in der gesamten EU



Die Arbeitslosigkeit lag im August in der Eurozone, wie schon im Juli, bei 11%. Das ist das niedrigste Niveau seit Februar 2012, wie das Statistische Amt der Europäischen Union Eurostat am 30. September bekannt gab. In der gesamten EU lag die Erwerbslosenquote bei 9,5% im August 2015. Sie blieb damit ebenfalls stabil gegenüber dem Vormonat. Verglichen mit August 2014, wo sie noch 10,2% betrug, sank die Arbeitslosenquote aber. Gemäß Schätzung von Eurostat waren im August 2015 im Euroraum 17,603 Millionen Männer und Frauen ohne Beschäftigung. Gegenüber Juli 2015 fiel die Zahl der arbeitslosen Personen damit um 1 000. Verglichen mit dem Vorjahr 2014 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen im Euroraum sogar um 892 000. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Deutschland (4,5%), die Tschechische Republik (5,0%) und Malta (5,1%) im August 2015 die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten registrierten Griechenland (25,2% im Juni 2015) und Spanien (22,2%)... [Fortsetzung](#)

2080 könnte jeder Achte in der EU 80 Jahre oder älter sein



Nach einem Bericht, den das Statistische Amt der Europäischen Union Eurostat am 29. September veröffentlicht hat, könnte sich der Anteil der über 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung mehr als verdoppeln - von etwas über 5% im Jahr 2014 auf über 12% bis 2080. Diese demografische Entwicklung stellt die EU vor große Herausforderungen, vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage und die soziale Eingliederung älterer Menschen. Im Jahr 2013 waren in der EU 18,2% der Personen im Alter ab 65 Jahren von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, 13,8% monetärer Armut ausgesetzt und 6.9% von erheblicher materieller Deprivation bedroht... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rentenberichts 2015



Die europäischen Rentensysteme garantieren zukünftigen Rentnergenerationen ausreichende Altersbezüge, sofern die EU-Mitgliedsländer die entsprechenden Maßnahmen umsetzen, mit denen Arbeitnehmer bis zu ihrem offiziellen Renteneintrittsalter arbeiten können. Das ist eines der Hauptergebnisse des neuen Berichts über die Angemessenheit des Rentenniveaus, der am 5. Oktober veröffentlicht wurde...

[Fortsetzung](#)

Kultur :

Pop Art-Ausstellung in der Tate Modern in London



Noch bis zum 24. Januar 2016 zeigt die Ausstellung "The World Goes Pop" wie sich die Pop Art-Bewegung über die gesamte Welt - in Lateinamerika, Asien, dem Mittleren Osten und Europa - verbreitet hat und sich niemals einer einzigen Künstlergruppe oder Nation zuordnen ließ. Zu diesem Zweck können Besucher 200 wichtige Werke aus den Jahren 1960 und 1970 besichtigen, von denen ein Großteil zum ersten Mal in Großbritannien ausgestellt wird... [Fortsetzung](#)

Andy Warhol Ausstellung in Paris



Noch bis zum 7. Februar 2016 zeigt das Musée d'Art moderne in Paris die Ausstellung 'WARHOL Unlimited'. Zu sehen sind mehr als 200 Werke des Künstlers - unter anderem Selbstporträts, Filmporträts, Tapeten, experimentelle Kinofilme (z.B. den berühmten Underground-Film 'Empire'), und nicht zu vergessen die spektakulären Bühnenbilder der Velvet Underground Konzerte. Die Ausstellung widmet sich dabei dem Werk Warhols in chronologischer Reihenfolge... [Fortsetzung](#)

CAFe Budapest Contemporary Arts Festival



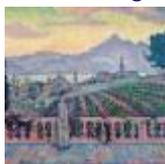
Bis zum 18. Oktober findet in Budapest noch das Festival "CAFe Budapest Contemporary Arts Festival" statt, dessen Schwerpunkt auf der Gegenwartskunst liegt. Gezeigt werden unter anderem Konzerte, Ausstellungen über Bildende Kunst, Theaterstücke und Tanzvorstellung sowie eine Reihe weiterer Spektakel. Die Stadt Budapest will auf diese Weise Einblicke in ihr kulturelles Leben geben. Die Veranstaltungen finden an verschiedenen Orten statt, wie etwa dem Nationaltheater von Budapest, der Kunstgalerie von Trafo und anderen kulturellen Einrichtungen und Cafés der ungarischen Hauptstadt... [Fortsetzung](#)

Ausstellung "Vital Art Nouveau 1900"



Das Prager Gemeindehaus zeigt noch bis zum 31. Dezember die Ausstellung "Maison Municipale de 1900". Ausgestellt werden 400 Werke des tschechischen und europäischen Jugendstils aus dem 19. und 20. Jahrhundert, die zum Teil bereits auf der berühmten Weltausstellung im Jahr 1900 in Paris gezeigt wurden... [Fortsetzung](#)

Ausstellung: "Von Poussin bis Monet. Die Farben Frankreichs"



Das Bucerius Kunst Forum zeigt vom 10. Oktober 2015 bis zum 17. Januar 2016 eine Ausstellung mit dem Titel "Von Poussin bis Monet. Die Farben Frankreichs", die sich den Folgen der dramatischen gesellschaftlichen Umbrüche in der Kunst widmet - in einer Epoche, in der die französische Malerei Maßstäbe für ganz Europa setzte. Dieser Weg in die Moderne wird unter anderem anhand von Bildern von Poussin, Delacroix, Courbet, Monet, Renoir, Cézanne und Van Gogh illustriert... [Fortsetzung](#)

Agenda :

5 5. Oktober
Luxemburg

Okt

Treffen der Eurogruppe
Luxemburg
Rat für Arbeit, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher

5
Okt

5. bis 8. Oktober
Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

6
Okt

6. Oktober
Luxemburg
Rat "Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten"

7
Okt

7. Oktober
Luxemburg
Informelles Treffen der Verkehrsminister

8
Okt

8. Oktober
Luxemburg
Rat "Transport, Telekommunikation und Energie"

8
Okt

Vom 8. bis 9. Oktober
Luxemburg
Rat für "Justiz und Innere Angelegenheiten"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ;
Morgane Humbert, Nelson Pajot, Orsolya Topa, Hyung Jun Yoon, Maximilian Zielke

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}